

KOMMUNALPOLITISCHES WAHLPROGRAMM 2009



DIE LINKE.
Stadtverband Lüdenscheid

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung in „Soziale Politik für alle – Veränderung beginnt vor Ort“	5
2	Wirtschaft und Arbeitsmarkt	7
3	Bildung	8
4	Berufliche Bildung, Fortbildung und Qualifizierung	10
5	Soziale Sicherung	11
6	Familie, Kinder und Jugendliche	12
7	Seniorinnen und Senioren	15
8	Verbraucherschutz	16
9	Stadtentwicklung und Wohnen	17
10	Klima, Energie Umwelt und Verkehr	18
11	Menschen mit Behinderungen	21
12	Migration und Integration	22
13	Kultur	23
14	Sport	26
15	Frieden, Antifaschismus und Rechtsextremismus	27
16	Öffentliche Daseinsvorsorge	29
17	Gesundheit	30
18	Ausbau demokratischer Beteiligung	31
19	Stadtverwaltung	33
20	Kommunalfinanzen und Steuern	34

IMPRESSUM

DIE LINKE, Stadtverband Lüdenscheid
Glatzer Str. 64
58511 Lüdenscheid
www.dielinke-maerkischer-kreis.de
Tel.: 02351/ 6498228

Sprecher:

Dietmar Skowasch-Wiers
02351-7872533 / 0171 4843173 / diskowas@arcor.de

Organisation/Koordination/Bearbeitung:

Manfred Kunkel
02351-6569259 / m.kunkel@online.de

Layout: Janis Benschmidt

Redaktion: offener Arbeitskreis

Quelle der Deckblattbilder:

Rathaus Lüdenscheid - GNU-Lizenz für freie Dokumentation - Autor: Bubo
Versetalsperre - GNU-Lizenz für freie Dokumentation - Marku1988

1 Einführung in „Soziale Politik für alle – Veränderung beginnt vor Ort“

DIE LINKE wird zu der Kommunalwahl 2009 in allen Wahlbezirken in Lüdenscheid kandidieren. Wir laden alle BürgerInnen ein, die unser Programm und unsere Anliegen unterstützen wollen, mitzuwirken.

Die **Grundlagen linker Politik** sind festgehalten in den **Bundes- und Landesprogrammen** der Partei **DIE LINKE**.

Das politische Programm der **DIE LINKE**. zur Kommunalwahl 2009 für Lüdenscheid ist aufgebaut auf der „**Kommunalpolitischen Plattform**“ der Partei **DIE LINKE. Märkischer Kreis**. Insoweit wird ausdrücklich ergänzend darauf verwiesen.

Zu verstehen ist das Programm als Orientierung für die BürgerInnen und ist ein Handlungsrahmen für die kommunalpolitische Gestaltung. Dabei lassen sich die kommunalen Leistungen nicht beliebig ausbauen ohne parallel Veränderungen (z. B. Finanzausstattung der Kommunen) durch das Land und dem Bund herbeizuführen.

Alleine in der Stadt Lüdenscheid lassen sich die entscheidenden gesellschaftlichen Probleme wie Armut, ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, Militäreinsätze der Bundeswehr etc. nicht lösen. Doch die Auswüchse der herrschenden Politik schlagen sich in unserer Stadt nieder. Hier ist für uns der Ort, um **gesellschaftliche Gegensätze abzubauen**. Besonders die gesellschaftlich Schwächeren wie Kinder, Jugendliche, Ältere und Kranke haben unter der bestehenden sozialfeindlichen Politik zu leiden. Diesen **Gesamtzusammenhang** nicht zu vergessen ist auch eine **Aufgabe kommunaler Politik**.

Wir wenden uns **gegen** eine Politik der **Verarmung und Spaltung**, der **Ausgrenzung und Demütigung**. Wir wollen dafür wirken, dass die **Stadt Lüdenscheid ein lebenswerter Ort** wird, in der niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Die soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe für alle sind in Lüdenscheid wieder zu entwickeln. Dafür treten wir ein.

2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Wir verstehen uns als **politischer und parlamentarischer Arm**, der die Anliegen der Selbsthilfegruppen, Sozialinitiativen, Friedens- und Umweltgruppen, Anti-Nazi-Bündnisse, Bürgerinitiativen, Jugendverbände, Migrantengruppen usw. **im Stadtparlament** vertritt und zur Sprache bringt. Vorschläge und Anregungen, die in die Zuständigkeit des Landes NRW oder des Bundes fallen, werden an die Mandatsträger der Partei **DIE LINKE**. im Landtag bzw. im Bundestag und/oder die jeweiligen Stellen weitergeleitet.

Die BürgerInnen sollen wieder **Einfluss auf die Politik** nehmen können. Die BürgerInnen sind bereit Politik mit zu gestalten. Wir wollen eine solidarische, soziale und lebenswerte Stadt Lüdenscheid. Die Gestaltung der Innenstädte darf sich nicht nur auf die Konsumtempel konzentrieren. Dabei ist die Aufrechterhaltung und der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und weiterer Dienstleistungen in und für unsere Stadt mit seinen BürgerInnen unumgänglich.

Wir sagen nein zur **Privatisierung von kommunalen Aufgaben, Betrieben und Verwaltungen**. Gefordert wird deren bürgernaher und bedarfsgerechter Ausbau.

Kurzfristige Haushaltseffekte in Form von **Einsparungen** dürfen nicht über die Folgen für die Beschäftigten und zu Lasten des Gemeinwohls und der BürgerInnen hinwegtäuschen. Denn da, wo die Stadt ihre Hoheit verkauft, stehen die privaten Investoren meist schon bereit, um weitere Bereiche der kommunalen Aufgaben dem Ziel der Gewinnmaximierung zu unterwerfen.

Wir setzen uns ein für die **Rekommunalisierung**, so z. B. für das ausgelagerte Labor im Klinikum und bei den Reinigungsdiensten der städtischen Einrichtungen. Kommunales Eigentum ist gesellschaftliches Eigentum und darf nicht verkauft werden.

Fragen der Wirtschaft und Beschäftigung sind mit den kommunalen Aufgaben zu verzahnen.

Die Stadt ist ein wichtiger Arbeit- und Auftraggeber. Beschäftigung und Auftragsvergabe müssen **soziale und ökologische Standards** einhalten. Mit öffentlichen Geldern dürfen keine prekären Beschäftigungen und Sozialdumping gefördert werden. Für öffentliche Aufträge hat eine branchenübergreifende **Tariftreueerklärung** Pflicht zu sein.

Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik müssen sich an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientieren. Wer öffentliche Gelder erhält, muss seiner Verantwortung für die Gesellschaft nachkommen und die Mitsprache der öffentlichen Hand sicherstellen.

1-Euro-Jobs sind in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu tarifvertraglich abgesicherten Bedingungen umzuwandeln. Kein Abbau von Stammpersonal zugunsten von bedenklichen Beschäftigungsverhältnissen.

Die **Sonntags-Öffnung** und Arbeitszeiten entgegen dem allgemeinen Lebens- und Familienrhythmus im **Dienstleistungssektor** ist auf die unabdingbaren Zeiten zu beschränken und angemessen mit Freizeitausgleich zu kompensieren.

Zur **Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit** sind Investitionen in die Zukunft, z.B. berufliche **Qualifizierung, Berufsausbildung, Bildung** usw., auch durch die Stadt, erforderlich. Unternehmen sind in die Pflicht zu nehmen, nicht nur in Sachkapital zu investieren, sondern auch in Bildung und Qualifizierung. Wer da als Unternehmen auf öffentliche Förderung wartet, der verhält sich innovationsfeindlich.

Wir setzen uns ein für eine öffentlich geförderte Beschäftigung.

Vor dem Ausweisen von Gewerbegebieten ist eine umfassende Bedarfsanalyse unerlässlich. Nur dann kann eine sinnvolle **Gewerbeflächenpoli-**

tik auf der Basis realer Notwendigkeiten erfolgen. So eine Pleite wie z. B. der interkommunale Gewerbepark Rosmart darf sich nicht wiederholen.

Es darf auch keine Beschäftigung um der Beschäftigung Willen geben. Förderung von Umsiedlungen, Erweiterungen und Neuansiedlungen müssen gemessen werden an der nachhaltigen **Sicherung und Schaffung von sozialversicherungspflichtigen, tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsplätzen**. Von den Einkünften durch Arbeit muss man leben können.

Die Federführungen der Wirtschaftsförderungsgremien der Stadt haben in der Verantwortung der Stadtverwaltung zu liegen und nicht bei den Kammern. Die **Wirtschaftsförderung unterliegt der parlamentarische Kontrolle**. Bei der Besetzung von Gremien der städtischen Wirtschaftsförderungseinrichtungen sind der DGB mit seinen Gewerkschaften sowie Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigt zu beteiligen. Zur **wissenschaftlichen Begleitung** sind die Institute dieser Verbände heranzuziehen.

3 Bildung

Der Nachfrage an Gesamtschulen und Schulen in Ganztagsform ist nachzukommen. Unterstützt werden die Bemühungen um die Realisierung der Stadt als **Hochschulstandort**.

Einsatz für den Erhalt des Studienzentrums der **FernUni Hagen** sowie des **Instituts für Geschichte und Biographie** „Deutsches Gedächtnis“, Liebigstraße 11.

Bildung, als eine hohes Gut unserer Gesellschaft, soll durch kostenloses, einheitliches **Lehrmaterial** allen Menschen Zugang zur Bildung verschaffen. Die Vermeidung eines Qualitätsgefälles der Schulen durch **einheitliche Standards und Mittelvergabe**.

„Ghetto- oder Eliteschulen“ sind zu verhindern, soziale Auslese lehnen

wir ab. Wir setzen uns ein für die Integration und das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Durch gemeinsames Lernen werden Kinder und Jugendlichen aus allen sozialen Schichten auf die Anforderungen des realen Lebens besser vorbereitet.

Es muss ein kostenloses **Schulessen** für alle Kinder und Jugendliche geben, denn: niemand kann hungrig lernen. Der Eigenanteil an den **Schulbuchkosten** für Kinder von ALG II-Beziehern muss von der Kommune übernommen werden.

Das **dreigliederige Schulsystem** ist zu überwinden. Wir fordern eine Schule für alle. Ein Gemeinschaftsschulsystem, das niemanden zurücklässt und allen Kindern gleiche Chancen eröffnet. Dies muss eine Ganztagschule sein. Eine qualifiziert Freizeitbetreuung durch Fachkräfte ist zu gewährleisten. Angebote der Freizeit-, Ferien- und Sozialbetreuung können durch die Mitarbeit von Eltern, Vereinen und Verbänden unterstützt werden.

Ein Rechtsanspruch auf eine gebührenfreie Betreuung von Kindern unter drei Jahren, Kindern in Kindertagesstätten und Schulkindern in Horten ist kurzfristig zu realisieren. Solange, die Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen völlig unzureichend ist, haben die Horte weiter einen wichtigen Stellenwert. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter und in jeder Lebenssituation.

Ein **lebenslanges Lernen** ist möglich zu machen.

Wir unterstützen flexible Klassengrößen und Lerngruppen, **didaktische Konzepte** wie individuelle **Förderpläne**, Projektarbeit, Aktivitäten und politisches und gesellschaftliches Engagement von Schülern und Lehrenden, die Vernetzung von Schulen mit Erwachsenen-, Fort- und Weiterbildung.

Der **Praxisbezug von Lernstoff und Lerninhalten** muss durch Integration, Mitarbeit und **Vernetzung** mit Industrie, Handel und Gewerbe, sozialen Einrichtungen und demokratischen Institutionen verstärkt werden. Externe Fachleute und ältere Menschen sollen Wissen und Erfahrung aus

der Praxis direkt einbringen und den Kenntnisstand der Gesamtbevölkerung auf aktuellsten, technischen und wissenschaftlichen Stand halten.

Die **Fort- und Weiterbildung der Lehrenden** ist zu lange vernachlässigt worden, Praxisbezug und teilweise die **Alltagsrelevanz** sind verloren gegangen, entsprechend hoch ist der **Nachholbedarf**.

4 Berufliche Bildung, Fortbildung und Qualifizierung

Das Angebot an **Ausbildungsplätzen** deckt nicht die Schulabgängerzahlen. Hinzu kommen die Schüler in den „Warteschleifen“ an den **Berufskollegs**. Wir brauchen **qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger**. Die Stadt und die städtischen Betriebe müssen für die angebotene Zahl der Ausbildungsplätze Vorbildcharakter für die übrige Wirtschaft haben.

Wichtig ist, dass öffentliche und private Arbeitgeber ausreichende und qualitative Ausbildungsplätze zu Verfügung stellen. Verstärkt ist die Ausbildung in **über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten** zu nutzen. So kann eine breitere Qualifikation erreicht und das Ausbildungsangebot ausgeweitet werden.

Investitionsaufträge der Stadt an Private sind an die Ausbildungs- und **Qualifikationsbereitschaft** der Unternehmen zu binden.

Wir setzen uns ein für ein Projekt zum „Aufbau einer öffentlichen **Gesellschaft zur Förderung von Qualifizierung und Berufsausbildung**“. Unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildungssituation in Lüdenscheid macht es Sinn, ein solches Vorhaben im Rahmen der „Regionale Südwestfalen“ umzusetzen. Die Auszubildenden könnten Teile der Aufgaben der Planung, Ausschreibung, Überwachung, Durchführung und Umsetzung der Projekte der Südwestfalen AG übernehmen. Solange nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, hat sich der

Rat der Stadt für die Verbesserung der schulischen Ausbildungssituation an den sechs Berufskollegs im Märkischen Kreis einzusetzen. 10 % der öffentlichen Mittel für Wirtschafts- und **Strukturförderung** sind für die berufliche **Qualifikationsförderung** zu verwenden.

Jedem Interessierten ist mindestens die Nutzung der **gesetzlich anzubietenden Fortbildung** in seinem Fachbereich zu ermöglichen. Nach Möglichkeit sind weitere Qualifizierungen nach einem individuellen **Personalentwicklungsplanes** anzubieten.

Die **Träger der Aus-, Fort- und Weiterbildung**, insbesondere kommerzieller Art, sind regelmäßig nach Qualität, Kosten, Erfolg und der Einhaltung von Tarifverträgen und Gesetzen **rechenschaftspflichtig** zu machen.

5 Soziale Sicherung

Alle Menschen müssen an der Arbeit und am Ertrag der Arbeit beteiligt werden. Sinn der Technik (Investitionen) kann nicht nur Gewinnmaximierung sein, sondern der **Entlastung der Menschen und Steigerung der Lebensqualität**.

Wir setzen uns gegen die schikanösen, demütigenden und entwürdigenden Praktiken der ARGE gegen Arbeitslose ein. Deshalb sind 1 Euro-Jobs bei der Stadt Lüdenscheid sowie bei öffentlich refinanzierten Einrichtungen abzulehnen. Ziel **der Linken** ist es nach wie vor Hartz IV abzuschaffen.

In Lüdenscheid ist der Aufbau eines unabhängigen, selbstverwalteten **Arbeitslosenzentrums** mit fachkompetenter **Arbeitslosenberatung** zu unterstützen.

Solange es im Märkischen Kreis noch keinen umfassenden **Sozialpass** gibt, der den Menschen ohne oder mit geringem Einkommen die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht, fordern wir einen

Sozialpass für die Stadt. Dabei unterstützen wir die Bemühungen für einen „**Lüdenscheid Pass**“: Der Pass schließt den kostenlosen Zugang zu Krippen- und Kindergartenplätzen, Schulspeisung, den kostenfreien Zugang zu Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen ein. Dazu gehört auch ein „**Sozialticket**“, welches die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) betrifft.

Die Beratungs- und sozialen Hilfsangebote des **Sozial- und Jugendamtes** sind auszubauen.

Das Angebot der **Volkshochschule** und der **Familienbildungsstätten** ist bedarfsgerecht, inhaltlich und fachlich weiterzuentwickeln.

6 Familie, Kinder und Jugendliche

Wir brauchen eine **umfassende Strategie** gegen die bedrohlich **wachsende Armut** in unserer Stadt. Zu den am häufigsten Betroffenen gehören Kinder. Kommunen können in vielfältigen Lebensbereichen die Belastungen und Benachteiligungen dieser Kinder lindern helfen. Dazu gehören Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik sowie Familien- und Gesundheitspolitik.

Es reicht nicht, dass die Parteien im Rat einen finanziell völlig unzureichenden Hilfsfond für arme Kinder eingerichtet haben. Es ist Aufgabe der Stadt ausreichende Mittel dafür im Haushalt vorzusehen. Es sind konkrete Anspruchsvoraussetzungen mit entsprechendem Rechtsanspruch festzulegen.

Kinderarmut muss in der Stadt zur **Chefsache werden**. Unter Federführung des Bürgermeisters, mit Beteiligung der Fraktionssprecher, der Kinder-, Jugend- und Sozialverbände, den Ernährungsberatern der gesetzlichen Krankenversicherungen etc. ist eine Stabsstelle beim Bürgermeisteramt einzusetzen. Diese hat die Aufgabe, für jeden Zuständigkeitsbereich der Kommune ohne Vorbedingungen Vorschläge zu erarbei-

ten, um durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Kinderarmut zu treffen.

Wir wollen für die Kinder einen den Bedarf deckenden Ausbau von **Ganztageseinrichtungen** mit kostenloser und qualifizierter **Kinderbetreuung**, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verwirklichen.

Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Kinder erziehende Frauen und Männer, die von Hartz IV betroffen sind, müssen wieder eingeführt werden. Die **Elternbildung** ist ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Kindererziehung.

Therapeutische Angebote für Konfliktfamilien und Gewaltopfer sind zu ermöglichen, möglichst bevor Kurzschlusshandlungen und vermeidliche Ausweglosigkeit größeren Schaden anrichten.

Wir setzen uns für die uneingeschränkte Aufrechterhaltung aller bisherigen Leistungen des **Frauenhauses** (Schutzwohnungen, Frauenberatung) durch das Land, den Kreis, die Stadt und durch die Sparkasse Lüdenscheid ein.

Über die **Jugendkriminalität** muss aufgeklärt werden. Die Sorgen und Erfahrungen der Jugendlichen müssen in den Schulen thematisiert werden.

Benötigt wird eine Erfolg versprechende **Gewaltprävention**. Das erfordert Programme zur gewaltfreien **Konfliktlösung und Kommunikation** im gesamten Kinder- und Jugendbereich.

Es muss eine **Anti-Gewalterziehung** für Familien und Jugendliche in und außerhalb der schulischen Institutionen geben. Eltern und Jugendliche brauchen Aufklärung über Gewalt und Alternativen zu gewalttätigem Verhalten.

Lüdenscheider Kinder und Jugendliche brauchen nichtkommerzielle **Treffs**.

In allen Stadtteilen ist ein **fachlich betreuter Spielplatz** anzubieten, insbesondere an sozialen Brennpunkten auch mit sozialpädagogischer **Betreuung**.

Die **Jugendeinrichtungen** am Heberg, Dickenberg, Weberg und in Brügge erfreuen sich größter Beliebtheit. Hier kann man Freunde treffen, spielen, Musik hören und muss sich von Erwachsenen nicht nerven lassen.

Doch die Jugendlichen in vielen anderen Stadtteilen haben so etwas Wichtiges nicht. Sie treffen sich im Buswartehäuschen oder auf dem Spielplatz. Dort aber werden sie als störend empfunden und es gibt oft Ärger **mit der Nachbarschaft**.

Vor Jahren wurde die zentrale Jugendeinrichtung Schillerbad geschlossen. Seitdem gibt es keine **attraktiven Konzerte** mehr mit bekannten Gruppen. Örtlichen Musikgruppen wurden die **Übungsmöglichkeiten** entzogen. Versprechungen, dafür Alternativen zu organisieren, wurden jahrelang verschleppt.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass **Stadtteiljugheime** z.B. am Vogelberg, in Gevelndorf, am Buckesfeld und in Honsel-Worth mit der Besetzung mit Fachpersonal realisiert werden. In Brennpunkten wie an der Kluse müssen kurzfristig für die Kinder und Jugendarbeit Räume angemietet werden.

Es sind Voraussetzungen für gezielte **Förderung des Schwimmunterrichts** zu schaffen, zum Beispiel durch die Reaktivierung der Schwimmbäder in der Rathmecke und Brügge, denn jedes dritte Kind kann nicht schwimmen.

Die Planungen für ein **zentrales Jugendkulturzentrum** sind in Angriff zu nehmen sowie die finanzielle, personelle und logistische Förderung von Jugendveranstaltungen.

Alternative Jugendkultur, wie z. B. das „**Autonome Zentrum**“ **muss gefördert werden**. Der Treffpunkt der alternativen Jugendszene, das

„Autonome Zentrum“ in Lüdenscheid, ist zu erhalten und muss für die Jugendlichen kostenfrei sein. Wichtig hierbei ist, dass dieser Treff für alle Jugendlichen gut erreichbar und vor allem ein selbst verwaltetes Projekt bleibt.

Wir wollen die Integration durch Erziehung in der deutschen Sprache. Wer das will, muss den Eltern **Deutschunterricht** bezahlen sowie Elternhilfe und Beratung gewähren.

Wir wollen die weitere bedarfsgerechte Unterstützung der **Sozialvereine/ Verbände** und der **Altenbegegnungsstätten**.

7 Seniorinnen und Senioren

Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurden so viele Menschen so alt wie in der heutigen Zeit. Das **Altersbild** hat sich grundlegend verändert. So gibt es viele agile, aktive und wissbegierige Menschen, die im klassischen Sinn als alt zu bezeichnen wären. Ihre enormen **Fähigkeiten und Erfahrungen** müssen **respektiert, anerkannt und genutzt werden**.

Durch die veränderte **Altersstruktur unserer Gesellschaft** ergeben sich ganz neue gesellschaftliche Herausforderungen. Seniorenpolitik, die u.a. die Rente, die medizinische Versorgung und die Pflege betrifft, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Um hier **Fehlentwicklungen** zu vermeiden, müssen die Betroffenen und ihre **Vereine und Verbände** unbedingt mit einbezogen werden.

Bedingt durch die auf Leistungsabbau, Leistungsausgrenzung, immer höhere Zuzahlungen und Privatisierungen ausgerichtete Sozialpolitik der Bundesregierung ist von einer weiter zunehmenden Altersverarmung auszugehen. Außerdem ist mit einem dramatischen Anstieg an hilfe- und pflegebedürftigen Menschen zu rechnen. **Pflegebedürftigkeit** führt häufig zu Vereinsamung der Betroffenen und Überforderung von pflegenden Angehörigen.

Viele Senioren sind ehrenamtlich tätig. Dies ist ein wertvolles Geschenk an die Gesellschaft. Die aktuelle Politik macht allerdings den Eindruck, als wolle sie sich **mit Hilfe des Ehrenamtes** aus ihrer **sozialen Verantwortung** schleichen. Förderung des Ehrenamts und der Selbsthilfe: ja, aber nicht als Ersatz für gesetzliche Sozialleistungen.

Eine solidarische Unterstützung kann nur in einem überschaubaren Rahmen erfolgen. Deshalb fordert **DIE LINKE.** in Lüdenscheid stadtteilbezogene gemeinnützige **Nachbarschaftszentren**, in denen sich Jung und Alt ungezwungen begegnen können. Die Finanzierung solcher Einrichtungen hat die Stadt sicherzustellen

Auch die Bevölkerung von Lüdenscheid ist vom demographischen Wandel betroffen, deshalb muss auch auf örtlicher Ebene reagiert werden. Allein auf den Ausbau von mehr Altenheimplätzen zu setzen ist antiquiert und reicht nicht aus. In den Nachbarschaftszentren sollten regelmäßige und unabhängige Beratungen über gesetzliche Hilfen und die **Koordinierung der angebotenen Hilfen** erfolgen. So kann der stadtteilbezogene Bedarf ermittelt und entsprechend darauf reagiert werden.

8 Verbraucherschutz

Die **Verbraucher- und Schuldnerberatung** sind wesentliche Bausteine der Verbraucherberatungsstelle in Lüdenscheid. Ihr Angebot ist umfangreich und umfasst die Bereiche Recht, Finanzen, Schulden, Energie und Umwelt, Haushalt, Eltern, Freizeit, Versicherungen etc.

Immer mehr Menschen fallen auf dubiose Geschäftemacher herein. Angebliche Schnäppchen entpuppen sich oft als zu teuer. Zugesagte Leistungen werden nicht immer eingehalten. Zunehmend sind die Menschen trotz neuer Medien auf konkrete Informationen, unabhängige Testergebnisse, sowie **rechtliche Hilfe und Unterstützung** angewiesen. Das leistet die Verbraucherberatung in hervorragender Weise.

Die Aufgabenzunahme ist aber personell kaum noch zu schaffen. Des-

halb setzen wir uns für eine Nachfragedeckende personelle Besetzung ein. Die Verdoppelung des städtischen **Zuschusses** ist erforderlich, damit wenigstens eine weitere **Fachkraft** beschäftigt werden kann.

9 Stadtentwicklung und Wohnen

Aufstellung eines zukunftsweisenden, innovativen **Flächennutzungsplans** mit den darauf basierenden Bebauungsplänen. Vorrang haben muss das Wohl der BürgerInnen, nicht das Renditeinteresse von Investoren.

Die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) ist verkauft und damit auch die etwa 300 Wohnungen der Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft in Lüdenscheid. Das darf sich nicht wiederholen.

Eine **aktive Wohnungspolitik** der Stadt ist deshalb unverzichtbar.

Leerständen stehen der Wohnungsnot gegenüber. Die teilweise überhöhten Mieten können von Normalverdienenden nicht getragen werden. Hinzu kommen deutlich gestiegene **Nebenkosten und Energiepreise**.

Für Familien mit Kindern mit geringerem bis durchschnittlichem Einkommen ist die Situation auf dem **Wohnungsmarkt** unzureichend.

Wir setzen uns ein für den Erhalt von **kommunalem Wohnungsbesitz ein**, damit ein Beitrag für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum geleistet werden kann. **Mietnebenkosten** müssen begrenzt, ihre Abrechnung verständlich und somit nachvollziehbar sein.

Wir fordern einen Neueinstieg in den sozialen **Wohnungsbau** mit besonderer Berücksichtigung von Familien. Genossenschaftliche Mieter- und **Wohnungsbaumodelle** sind finanziell zu fördern.

Wir streiten dafür, dass ältere und behinderte Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können und dass die **häusliche Versorgung und Pflege** nachhaltig verbessert wird. In Heimen und in der häus-

lichen Pflege ist deshalb entsprechendes **Fachpersonal** zu beschäftigen.

Ein bedarfsgerechter Ausbau an sozialen Wohnformen, die ein gemeinsames, altersgerechtes und **Selbstbestimmtes Wohnen** ermöglichen, ist zu erreichen.

Dem Bedarf an bezahlbarem **seniorengerechten Wohnraum** ist Rechnung zu tragen. Dies darf aber nicht zu einer Gettoisierung führen, die Kontakte der Generationen untereinander verhindert. Jung und Alt muss die Möglichkeit gegeben werden, nach individuellen Bedürfnissen zu wohnen und zu leben, ohne dass nachbarschaftliche Zerwürfnisse entstehen, sondern nachbarschaftliches Interesse und nachbarschaftliche Unterstützung gefördert werden können.

Brachflächen sollten ausgewiesen und zwecks Bebauung reaktiviert werden, anstatt neuer Wohnbebauung. Es muss ein **Leerstandsmanagements** zwecks Erarbeitung von Nutzungsmöglichkeiten eingeführt werden.

10 Klima, Umwelt, Energie und Verkehr

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft muss es sein, sich auch in der Stadt Lüdenscheid auf den bereits in Gang gesetzten **Klimawandel** einzustellen. Sämtliche Planungsmaßnahmen, Raumordnung, Stadtentwicklung, Landschaftsschutz sind unter **Klimavorbehalt** zu stellen. Gefordert wird die Erstellung öffentlich transparenter **Umweltdatenkataster und Umweltökobilanzen** von Unternehmen und kommunalen Verwaltungen.

Die auf der UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro erarbeiteten Richtlinien für Umwelt und Entwicklung sind auf der Basis der lokalen **Agenda 21** in Lüdenscheid konsequent weiterzuentwickeln und umzusetzen.

Z. B. nach Vorstellungen zur Agenda: In allen Schulklassen hat die Agenda 21 zum Unterrichtsinhalt zu werden mit dem Ziel, gemeinsam aktiv zu werden für **Klimaschutz, Umwelt und Gesundheit**. Die Energiewende

ist herbeizuführen, auch durch die **Reduzierung des CO₂-Ausstoßes**, durch ökologisches Bauen und Wohnen mit **Regenwassernutzung** und den Ausbau der **regenerativen Energienutzung**. Verwaltung und Wirtschaft sollen sich zusätzlich an der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und zukunftsverträglicher Dienstleistungen, dem Ausbau der Nutzung der **Sonnenenergie** auf den Dachflächen sowie **Recyclingfähigkeit** der Produkte und der **Abfallvermeidung** beteiligen.

Umweltschutzauflagen für kommunale Bauvorhaben sind festzulegen. Die Investitionstätigkeit der Kommune ist zu koordinieren und voranzutreiben. In öffentliche Gebäuden müssen regenerative Energieträger eingesetzt werden.

Die städtischen Gebäude sind daraufhin zu untersuchen, welche **Maßnahmen zur Energieersparnis** realisiert werden können.

Anstelle von fossilen Brennstoffen müssen verstärkt **regenerative Energieträger** eingesetzt werden, um klimaschädliche **CO₂-Emissionen** zu senken. Wir setzen auf gezielte und umfangreiche Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas, zum Beispiel durch die Installation von Solaranlagen auf allen Dächern von öffentlichen Gebäuden.

Die öffentliche **Verkehrsanbindung** an die regionalen Wirtschaftsräume ist zur **Vermeidung von unsinnigen bzw. vermeidbaren Transportfahrten** zu fördern.

Wir fordern verstärkte Förderung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu einem umfassenden **Mobilitätsangebot** für die Nutzung im Berufsverkehr und in der Freizeit.

Innerörtlich und regional sind effektivere Logistikkonzepte zu entwickeln, die Zersplitterung und Umweltbelastungen vermeiden helfen (Strategie der kurzen Wege).

Der beabsichtigte Ausbau der Bundesautobahn **A 45 „Sauerlandlinie“** wird abgelehnt.

Der **Gütertransport gehört auf die Schiene**. Für die Verlagerung von der Straße auf die Schiene gehört die Nutzung der Umschlagtechnik auf Containerbasis.

Der **Treibstoff- bzw. Energieverbrauch** für alle Verkehrsträger ist zu reduzieren, die günstigsten fahrzeugtechnischen Alternativen sind z. B. Städtischer Fuhrpark und die Hilfen zur Schrittweisen Hinführung aller **landwirtschaftlichen Betriebe** zu umweltverträglicheren Produktionsformen sind einzuführen. Die regionale Vermarktung von Agrarprodukten und die Unterstützung der **regionalen Herstellung und Vermarktung** von weiteren Produkten muss Vorrang haben. Dadurch werden Transporte und Umweltbelastungen vermieden und die regionale Wertschöpfung gesteigert.

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die heimischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr Zustand besorgniserregend. **DIE LINKE** tritt für die nachhaltige **Bewirtschaftung der Wälder**, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus, ein.

Wir setzen uns für den **Erhalt der Landschaft und des städtischen Grüns** als Erholungsbereiche ein. Ökologisch unabdingbar sind ebenso die Abfallvermeidung, Energieeinsparung und der Ausbau regenerativer Energieformen.

Der Autoverkehr ist einzudämmen und der **Fahrradverkehr, Fahrge-meinschaften** sowie andere Formen der **Selbstorganisation** zur Optimierung der Kapazitäten zu fördern. Wir setzen uns auch für Lüdenscheid für eine sinnvolle Planung und Installation von Radwegen ein.

Zur „**Regionale Südwestfalen**“ machen wir uns im Rat der Stadt stark zur Unterstützung eines Projekts zum „Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur“. Als Basis für eine Beschäftigung sichernde und Beschäftigung fördernde sowie ökologisch vertretbare **Verkehrsinfrastruktur** ist ein Konzept für einen **kundenorientierten schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV)**, ergänzt durch den öffentlichen Personennahverkehr (**ÖPNV**), zu erstellen und umzusetzen. Die Region als Naherholungsgebiet, Betriebe und Verwaltungen mit Arbeitsplätzen und Ausbildung, sind entsprechend zu berücksichtigen.

Wir setzen uns für die zügige Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Brügge-Meinerzhagen-Marienheide-Dieringhausen-Köln für den Personennahverkehr. **Bahnhöfe** sind ein integraler Bestandteil eines attraktiven Schienenverkehrs und die **Visitenkarte der Stadt**. Unsere beiden Bahnhöfe müssen zum Imagebild der Stadt gehören (Auszug nach dem Geschäftsbericht 2005 der DB Station & Service AG).

Wir unterstützen die Forderung nach dem Erstellen eines Nutzungskonzeptes und dem Bau eines **Bahnhofs- und Mehrzweckgebäudes an der Bahnhofsallee**.

Vor dem Hintergrund des **Klimawandels** drängen wir darauf, dass auch der Rat der Stadt sich beim Märkischen Kreis für die Prüfung einsetzt, inwieweit der **ÖPNV kostenfrei** für alle BürgerInnen angeboten werden kann. Zumindest muss ein ausreichender ÖPNV und der SPNV zu erschwinglichen Preisen von allen genutzt werden können.

Als Sofortmaßnahme ist die Eindämmung des **Individualverkehrs** (Autos) **im Zentrum der Stadt** durchzusetzen.

Jede Veränderung der Landschaft (z. B. **Flächennutzungspläne**) ist auf ihre ökologische Verträglichkeit hin zu prüfen. Gewerbegebiete gehören für den Personen- und Lastenverkehr in die Nähe der Schiene.

Der Lastenverkehr gehört grundsätzlich auf die Schiene.

11 Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sollen sich ohne Einschränkung ihrer **Mobilität** (z.B. Einkaufen, Besuch von Gaststätten und Kulturveranstaltungen) in der Stadt bewegen können. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier sollen Menschen, die aufgrund von Behinderungen von der Nutzung ausgeschlossen sind, **alternative Möglichkeiten** und **spezielle Vergünstigungen** erhalten.

Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen sowie integrative Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen in Lüdenscheid selbstverständlich sein. Dies gilt insbesondere für Einrichtungen und Angebote der Stadt Lüdenscheid. Zum Beispiel ist den kommunalen MitarbeiterInnen eine ständige **Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeit** zu gewähren.

Die vorhandene gute Zusammenarbeit mit kleinen und großen Trägern von Angeboten für Menschen mit Behinderungen ist fortzuführen und auszubauen.

Insbesondere Familien mit Menschen mit Behinderungen, sowie kleine **Träger und Selbsthilfegruppen** sind durch die Stadt zu unterstützen.

In Lüdenscheid soll es zur Normalität gehören, dass sich in der Stadt Menschen mit Behinderungen frei bewegen können.

Dabei gilt für uns als Grundsatz: Die **Lebensqualität** einer Stadt zeigt sich insbesondere durch den **Umgang** mit ihren schwächsten EinwohnerInnen.

12 Migration und Integration

In Lüdenscheid leben Menschen aus mehr als **100 verschiedenen Nationen**. Etwa 17 % der BürgerInnen in Lüdenscheid sind „Ausländer“.

Zum kulturellen Zusammenleben gehört die Toleranz der Kulturen. Die Toleranz ermöglicht eine offene Kultur ohne Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die demokratische Beteiligung an den Vorbereitungen von kommunalen Entscheidungen soll nicht weiter im **Ausländerbeirat**, sondern in einem **eigenen Ausschuss des Rates** erfolgen. MigrantInnen wollen in der Politik nicht nur angehört werden, sie wollen mitentscheiden.

Deshalb fordern wir ein Wahlrecht für alle, nicht nur von Migrantinnen und Migranten aus den Euro-Staaten.

Wir lehnen **Gesinnungsprüfungen** und **Auswendiglerntests** zur Erlangung der Staatsbürgerschaft ab und befürworten dagegen individuelle Integration in demokratische soziale Strukturen, Weiterbildung und Förderungen. Demokratie lernt man durch mitmachen und Vertretung der eigenen Interessen.

Wir setzen uns ein für das Recht auf **kostenlose Deutschkurse** für alle hier lebenden MigrantInnen, bei Bedarf mit Kinderbetreuung.

Wir fordern den Ausbau und die Förderung von sozialen und kulturellen Projekten der Jugend- und Bildungsarbeit, um demokratisches und fortschrittliches Denken und Handeln zu unterstützen und Neofaschismus zu bekämpfen. Die **interkulturelle Kompetenz** von MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst ist verstärkt zu fördern.

Die erste Generation der MigrantInnen hat längst das **Rentenalter** erreicht. Immer mehr Migrantinnen bedürfen der Betreuung durch öffentliche Einrichtungen.

13 Kultur

Kultur entwickelt sich fortwährend an den herrschenden **Lebenswelten** und den traditionellen und **kulturellen Hintergründen** der einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft. Dem muss die Politik entsprechend zu den neuen gesellschaftlichen **Anforderungen** Rechnung tragen.

Die städtische Kulturpolitik - viele Jahre Aushängeschild der Stadt - ist zum Stillstand gekommen. Durch eine desaströse Sparpolitik und kleinkarierten provinziellen Mief tendiert die frühere überregionale Bedeutung der Kunstgalerie in Richtung null, sinkt die Attraktivität des Kulturhauses, **können wegen der horrenden Gebühren viele Kinder die Musikschule nicht mehr besuchen** und wegen fehlender Mittel kann

die Stadtbücherei aktuelle Neuerscheinungen nicht mehr anschaffen. Wegen fehlender politischer Konformität wurde das Jugendkulturzentrum Schillerbad geschlossen. Den vielen hoffnungsvollen Musikgruppen in Lüdenscheid wurden Übungs- und Auftrittsmöglichkeiten genommen. Dieses Schicksal soll nun auch das für viele Bands und engagierte Jugendliche wichtige Autonome Zentrum treffen.

Nicht mehr nationalistische, sondern demokratische Vorstellungen müssen gestärkt werden. Nicht die Kultur von **Preußens Glanz und Gloria**, sondern diejenige der Menschen, die jenseits der **Herrschenden** das gesellschaftliche Leben prägten und prägen, gehört in Museen und Ausstellungen.

Regionale und städtische Geschichte muss gerade für Kinder und Jugendliche im Museum erfahrbar sein. Das erfüllt das städtische Museum in keiner Weise. Die Dauerausstellung ist völlig konzeptionslos.

Dazu gehört zwingend auch die **ungeschminkte Darstellung** der Schattenseiten der jeweiligen Gesellschaft. Dies gilt insbesondere für die Zeit des **Nationalsozialismus**. Hier können die **Ge-Denk-Zellen** Altes Rathaus einen wichtigen Beitrag leisten, weil hier deutlich wird, wie radikalisierte **Nationalismus, Militarismus und Rassismus** jedes friedliche Zusammenleben innen- und außenpolitisch zerstören. Bezogen auf unsere Gegenwart müssen darüber hinaus mehr interkulturelle Möglichkeiten der Begegnung und Verständigung geschaffen werden.

Die alte **Kultur der Aufklärung**, der verantwortlichen Freiheit, der sozialen Einrichtungen und christlichen Traditionen muss mehr mit der Kultur der Zugewanderten verbunden werden. Wir setzen uns kurzfristig dafür ein, dass Heimatgeschichte auch in unserem Museum erfahrbar wird.

Die Ausstellungen des Museums und der in den Räumen des Museums angesiedelte Galerie werden weitestgehend **durch Sponsoren finanziert**. Diese Finanzierung ist für die Öffentlichkeit völlig undurchsichtig und hat zu einer völlig einseitigen Ausstellungspolitik geführt. Die demokratische Kontrolle des Kulturausschusses und des Rates sind nicht gegeben.

Das muss sich ändern. Für das Museum und die Galerie sind zukünftig die notwendigen Mittel für eine hochwertige Ausstellungspolitik im Haushalt der Stadt Lüdenscheid zur Verfügung gestellt.

Verstärkte Präsentation von **Einzel- oder auch Gruppenausstellungen** Lüdenscheider bildender **KünstlerInnen**, und Hobby-KünstlerInnen, als Ausstellungen in den Räumen der Städtischen Galerie und in den Räumen der Museen der Stadt Lüdenscheid muss ermöglicht werden. Arbeiten aus dem Schul-, Freizeit- und Laienbereich sollen ein Forum zur öffentlichen Darstellung erhalten.

Viele Jahre gab es eine sehr erfolgreiche städtische Kindermalschule. Sie wurden aus Kostengründen weggespart.

Konkrete **schulische Projekte** wie „Jedem Kind ein Instrument“ oder „Künstler an die Schule“ sollen langfristig für alle Kinder kostenfrei zugänglich und interkulturell offen angelegt sein.

Lokal und regional agierende **Künstlergruppen** und Künstler sind zu fördern sowie Förderung der **Kinder- und Jugendkultur**.

Wir fordern den **freien Eintritt** in die Museen der Stadt Lüdenscheid, zu allen Anlässen.

Durchführung von **Lesungen** Lüdenscheider Literaten und für schriftstellerisch ambitionierte Lüdenscheider SchülerInnen.

Wir fordern die Senkung der Musikschulgebühren. Kinder von Hartz IV-Empfängern sollen kostenlosen Unterricht erhalten. Das gilt auch für das Ausleihen von Büchern in der Stadtbücherei.

Für alle Einrichtungen gilt, dass höhere Mittel für die Kultur in Lüdenscheid bereitzustellen ist.

Wir fordern die Anbringung einer **Gedenktafel** für den Standort des ehemaligen Gesundheitsamtes. Dort wurde während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft die Zwangssterilisation und die Ermordung von Menschen mit Behinderungen verwaltungsmäßig vorbereitet.

14 Sport

Auch die **Sportpolitik** in Lüdenscheid ist von **Stillstand und Rückschritt** geprägt. Die Sportstätten sind zum größten Teil heruntergekommen. Das trifft auch gerade für das Aushängeschild „**Nattenberg**“ zu. Der jahrelange Zerfall ist unübersehbar. Überregionale Veranstaltungen finden deshalb nicht mehr statt. Es muss umgehend saniert werden.

Trotz großem Engagement von Ehrenamtlichen in den Vereinen ist Lüdenscheid in allen sportlichen Disziplinen noch nicht mehr einmal Durchschnitt. Erfolgreiche heimische Sportler wandern in andere Regionen ab.

Das jahrelange **konzeptlose Hoffen auf privates Sponsoring ist gescheitert**. Das ehemalige Aushängeschild Rot Weiß Lüdenscheid dümpelt seit Jahren nur noch vor sich hin.

Sportförderung ist unserer Meinung nach **eine öffentliche Aufgabe**. Es fehlt ein Sportförderungskonzept. Zusammen mit den Vereinen muss von der Politik ein solches Konzept erarbeitet werden. Dazu gehört auch die Klärung der Frage, inwieweit durch den Einsatz von einzustellenden **städtischen Sportpädagogen** der Breiten- und Leistungssport in Lüdenscheid entwickelt werden kann.

Die Zuschüsse an die Vereine muss deutlich erhöht werden.

Wir fordern die Finanzierung und **Erhaltung von Sporthallen und Sportanlagen**, die insgesamt dem Gemeinwohl dienen. Damit diese auch zusätzlich von Schulen genutzt werden können, müssen sie in gutem Zustand gehalten werden. Eine in der Verwaltung angedachte **Erhebung von Nutzungsgebühren für die Vereine lehnen wir ab**.

Es muss eine regelmäßige **Kontrolle der Spiel- und Sportplätze** auf deren baulichen und hygienischen Zustand und Beseitigung festgestellter Mängel und eine Prüfung, ob die vorhandenen Spiel- und Sportplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind und ob Spiel- und Sportgeräte erneuert oder zusätzliche Geräte beschafft werden müssen, geben.

Platzwarttätigkeiten an den zentralen Sportstätten gehören in Fachhand. Die Belastung der Vereine mit dieser Aufgabe wird abgelehnt. Entsprechende Mittel dafür sind im Haushalt der Stadt Lüdenscheid vorzusehen.

Die „**Vermarktung**“ (Verkauf) des Sportplatzes Höh wird strikt abgelehnt. Auch wenn Geld schwingende Investoren finanzielle Begehrlichkeiten der etablierten Parteien wecken.

Um auch die „**Freizeitsportplätze**“ an der Bismarcksäule und am Waldschlösschen zukünftig durch den Breitensport nutzen zu können, sind die notwendige **Betreuung und Pflege** der Anlage aufrecht zu halten.

Wir fordern außerdem: Förderung des **Breitensports** und ganz besonders des **Jugend- und Schulsports**.

Die kostenfreie Nutzung aller städtischen Sportanlagen und Sporteinrichtungen muss erhalten bleiben.

Unterstützung des **Vereinssports** durch finanzielle Entlastung.

Ergänzende städtische Angebote zur Förderung des **Altersports**.

15 Frieden, Antifaschismus und Rechtsextremismus

Weltweit fordern tagtäglich **Kriege und Krisen** Opfer insbesondere in der **Zivilbevölkerung** Sie finden – noch – weit weg von hier statt. Doch gemacht, vorbereitet, geführt und logistisch mitgetragen werden sie hier. Nicht nur die **Auslandseinsätze der Bundeswehr**, auch die **militärischen Abenteuer** der US-Regierung erfahren deutsche Unterstützung.

In unterschiedlichster Weise sind dabei auch die Kommunen einbezogen und verwickelt. Hier sind Städte und Kreise gefordert, deutliche **Signale** für eine friedliche gesellschaftliche Entwicklung zu setzen, indem sie

16 Öffentliche Daseinsvorsorge

sich dagegen wehren, dass ihre Infrastruktur für **militärische Zwecke** missbraucht wird. Vorbildlich ist hierbei der weltweite Zusammenschluss für die Abschaffung aller Atomwaffen „Mayors for Peace“ – **Bürgermeister für den Frieden** – dem mittlerweile 2368 Mitgliedsstädte in 131 Ländern angehören.

Warten wir nicht mit einem Signal, bis unsere Stadt selbst in die herrschende **Militarisierung** verwickelt wird. Auch unser Bürgermeister sollte den Mayors for Peace beitreten.

Vor Ort müssen **friedenspolitisch Engagierte**, sowie **antifaschistische** und **antirassistische Initiativen** und Projekte organisatorisch, ideell und finanziell unterstützt werden.

Gedenkveranstaltungen müssen sich vom **Heldengedenken zum friedenspolitischen Signal** wandeln. In der örtlichen Geschichtsaufarbeitung muss die **Geschichte der Opfer**, nicht die der Täter hervorgehoben werden.

Es ist viel passiert in der Frage der **Aufarbeitung** der Zeit des **Nationalsozialismus**. Dennoch ist es so, dass je näher die Aufarbeitung an die eigene Stadt gelangt, desto mächtiger werden Verdrängung und **Gegenwehr**. Man hat akzeptiert: Da ist ein schlimmes **Verbrechen** begangen worden, aber das war doch wo anders, nicht hier! Dies gilt es zu durchbrechen und endlich auch die **lokale Geschichte der Diktatur** uneingeschränkt zu erhellen. Initiativen, die schon seit vielen Jahren ihre herausragenden Beiträge leisten, müssen unterstützt und nicht bekämpft werden.

Nur wenn wir diesen Weg vorbehaltlos beschreiten, werden wir auch in der Lage sein, das immer noch in Teilen der Gesellschaft herrschende **rechtsextremistische Gedankengut** zu verdrängen und gerade auch den weiteren Einzug von Neonazis im Kommunalparlamente nachhaltig zu verhindern. Darüber hinaus muss die bessere kulturelle, soziale und politische Vernetzung der in Lüdenscheid lebenden Menschen aus mehr als 100 Nationen vorangetrieben werden. So können Rechtsextremismus und Gewalt ausgegrenzt werden. Lüdenscheid soll eine Stadt der „Vereinten Nationen“ sein.

Im Laufe der letzten Jahre sind durch die Stadt Lüdenscheid hunderte **unverzichtbare Stellen vernichtet worden**. Die bisher im Rat vertretenen Parteien haben dadurch maßgeblich zur Arbeitslosigkeit beigetragen. Wir gehen diesen Weg nicht mit.

In der **Kindererziehung**, in der **Bildung**, bei bürgernahen Dienstleistungen der Stadtverwaltung für Bürger, in der **Altenbetreuung**, im Gesundheitswesen, im Umweltschutz, der Gewerbeüberwachung und vielen anderen Bereichen **wird dringend Personal gebraucht**. Wir wollen nicht den Abbau, sondern den qualifizierten Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen.

Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Die arbeitenden Menschen sind dringend auf ihn angewiesen. Die materielle und personelle Stärkung des öffentlichen Dienstes ist eine Schlüsselfrage beim Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

Wegen der personellen Unterbesetzung werden Steuerbescheide z.B. bei der Gewerbesteuer nicht bearbeitet – darüber freuen sich die betroffenen Unternehmer, ziehen sich Bescheide über Wohngeld wochenlang hin - zu **Lasten der einkommensschwachen** Betroffenen. Wir sorgen dafür, dass sich dies ändert.

Unser Ziel ist der sinnvolle Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. So z. B. in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Umwelt und Versorgung.

Wir fordern die **Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors**. **Menschen mit Behinderung**, **ältere Arbeitnehmer** ohne Hoffnung auf eine sichere Beschäftigung und **Langzeitarbeitslose** sind mit ihren Erfahrungen und ihrer Leistungsbereitschaft **wertvoll für unsere Gesellschaft**. Für sie gibt es vielfältige Arbeiten im öffentlichen Dienst: Hilfe in der Gesundheits- und Altenhilfen, pädagogische und handwerkliche Unterstützung in der Kinder- und Jugendhilfe, Gestaltung und Bau eines Familien- und Freizeitparks handwerkliche Unterstützung in der

Unterhaltung von öffentlichen Gebäuden und der Pflege von Grünflächen und vieles mehr. Dieser Einsatz muss natürlich einer **tarifgerechten Bezahlung** unterliegen.

Alle kommunalen Betriebe und Einrichtungen sind zu erhalten. **Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürger. Outsourcing städtischer Dienstleistungen lehnen wir ab.** Ehemalige kommunale Bereiche, die privatisiert worden sind, müssen rekommunalisiert werden, so z.B. die **Objektreinigung**.

Aktivitäten gegen die Kürzungspolitik sind für eine bedarfsgerechte Sozialinfrastruktur zu entwickeln, z. B. **kein Fast-Food-Service in Schulen und Kindergärten**.

17 Gesundheit

Die zunehmende **Privatisierung** der Leistungen des **Klinikums Lüdenscheid** lehnen wir ab. Privatisierung heißt nicht, dass die Behandlung und Versorgung der Patienten besser und effizienter wird. Privatisierung führt dazu, dass zunehmend Entscheidungen zur Behandlung und Therapie nicht mehr vom Arzt, sondern vom Kaufmann getroffen werden.

Die Privatisierung von Gesundheitsrisiken, Rationalisierungen, für die Patientenversorgung bedrohliche Reduzierung von **Personal und Leistungsabbau** sowie die Einschränkung von Rechten der Krankenversicherten und PatientInnen haben katastrophale Folgen für die Gesundheitsversorgung.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand und darf nicht privaten wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Eine **Zweiklassenmedizin** und **privatisierte Krankenhausbetten** oder Abteilungen lehnen wir deshalb entschieden ab.

Es darf keine **Schließung** von Krankenhäusern und Fachabteilungen im **Klinikum in Hellersen geben**. Die bedarfsgerechte gesundheitliche Ver-

sorgung ist zu erhalten und muss allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation dienen.

Gewerkschaften gehören mit Sitz und Stimme in den **Aufsichtsrat** des Klinikums Lüdenscheid. Das Gleiche gilt für das Aufsichtsgremium des Unternehmensverbundes „Märkische Kliniken GmbH & Co KG“.

Wir fordern die verbesserte fachgerechte personelle Ausstattung in Krankenhäusern und der **Altenpflege** mit tarifgebundenen Arbeitsstellen (keine 1-Euro-Jobs).

Die bedarfs- und flächendeckenden kassenärztliche Versorgung ist zu sichern.

Wir streben eine regelmäßige offen zu legenden **Kosten- und Qualitätssicherung** für Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser, Pflege- und Altenheime an, sowie reale nachzuweisende **Fort- und Weiterbildung** aller MitarbeiterInnen.

18 Ausbau demokratischer Beteiligung

Wichtige Entscheidungen gehören in den Rat und nicht in **nichtöffentliche Sitzungen** von Ausschüssen und Verwaltungsräten. Die Öffentlichkeit ist nur dann auszuschließen, wenn das explizit gesetzlich vorgeschrieben ist.

Wichtige politische Entscheidungen werden **nicht mehr im von der Bevölkerung** gewählten Rat getroffen. Weitgehende Entscheidungen fallen vielmehr im Verwaltungsrat der Stadtwerke und der Sparkasse.

Stadtgestaltende Maßnahmen wie die permanente **Erhöhung der Strom- und Gaspreise** durch die Stadtwerke, der Verkauf des Parkhauses Weststraße, der Schließung und des Verkaufes des Wellenbades, der Umbau des Freizeitbades Nattenberg z. B. sind ohne demokratische Beteiligung erfolgt. Durch den Beitritt zur Mark E ist der Einfluss der örtlichen Politik auf die Preisgestaltung der Stadtwerke nur noch marginal.

Der von den Bürgern gewählte Rat, wird zum Abnicken degradiert.

Das werden wir im Interesse unserer Bürger ändern.

Über sämtliche **Beschlüsse des Rates** und seiner Ausschüsse sind **Nachweise** derart zu führen, dass die Ratsfrauen und Ratsherren nachprüfen können, wann und wie die von ihnen gefassten Beschlüsse umgesetzt worden sind bzw. aus welchen Gründen eine Umsetzung nicht erfolgt ist oder nicht erfolgen konnte. Nur so kann der Rat seiner Aufgabe der **Kontrolle** der Verwaltung gerecht werden.

Die **Stadteilkonferenzen** sollen Entscheidungskompetenzen und eigene Haushaltsmittel bekommen. Die bedarfsgerechte finanzielle Grundversorgung in den Stadtteilen muss gesichert werden. .

Wir fordern öffentliche demokratische Entscheidungen über Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung statt **Geheimverhandlungen** in Kammern, wo hauptsächlich die Nutznießer mitreden.

Die **demokratisch nicht legitimierten** Kammern sind abzuschaffen.

Bei wichtigen politischen Themen müssen BürgerInnenbefragungen durchgeführt werden.

Die BürgerInnen sind an der **Gestaltung der kommunalen Haushalte** direkt zu beteiligen (Bürgerhaushalte).

Junge Menschen müssen mehr **Mitspracherechte** haben, insbesondere bei den sie betreffenden jugendpolitischen Fragen. Es reicht nicht, immer nur zu sagen, die Jugend sei die Zukunft der Gesellschaft, dem müssen konkrete Taten folgen.

Es muss eine Finanzielle und logistische Unterstützung der Arbeit von Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Verbänden geben.

Beschwerden und Anfragen von LüdenscheiderInnen an die Verwaltung und Politik sind von diesen zeitnah, allgemeinverständlich und schlüssig

begründet zu beantworten und bei allgemeinem Interesse in den Medien zu veröffentlichen.

19 Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung hat wieder die Erstellung eines ausführlichen und alljährlichen **Verwaltungsberichtes** verbindlich einzuführen. Dieser sollte in komprimierter Form in den lokalen Medien als Nachweis dafür veröffentlicht werden, was die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung für die BürgerInnen geleistet haben. Die Verwaltungsberichte bilden darüber hinaus die unabdingbar notwendige Grundlage für die Erforschung der Geschichte der Stadtverwaltung sowie der Kontrolle der Verwaltung.

Im Wege der **Verwaltungsvereinfachung** ist zu prüfen, welche Bestimmungen des Ortsrechts der Stadt Lüdenscheid entweder vollständig oder partiell entfallen können.

Die **Allgemeinen Geschäftsanweisungen** sollen den MitarbeiterInnen der Verwaltung Spielraum geben für selbstständige und eigenverantwortliche Ausschöpfungen ihrer Entscheidungsspielräume zugunsten der BürgerInnen. Die Einhaltung der Bestimmungen für die Stadtverwaltung Lüdenscheid ist zu kontrollieren.

Der **Bürgermeister / die Bürgermeisterin** hat seine/ihre **repräsentativen Tätigkeiten** auf besonders wichtige Anlässe zu beschränken und bei weniger wichtigen Anlässen die Repräsentation seinen StellvertreterInnen oder der Verwaltungsleitung zu überlassen.

Anfragen von BürgerInnen bei im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenen Parteien usw. oder direkt bei Ratsfrauen/Ratsherren oder bei in überregionalen Parlamenten tätigen sind von diesen zeitnah, allgemeinverständlich und schlüssig begründet zu beantworten.

Stellen der **Dezernenten** sind nach Ablauf der Wahlperioden – bis auf einen Stellvertreter für den Bürgermeister - ersatzlos zu streichen. Mit

wenigen Ausnahmen glänzen die Lüdenscheider Dezernenten nicht mit Fachkompetenz, sondern allein durch den Besitz des richtigen Parteibuches. Das können sich die Bürger unserer Stadt nicht länger leisten.

Die **Verantwortung** ist vielmehr nach unten auf die Sachbearbeiterebene zu delegieren. Die eigene Entscheidungshoheit der Mitarbeiter ist zu stärken. Damit kann die Mobilität und Verantwortungsbereitschaft gefördert werden. Die Entscheidung über die Vergabe von Führungspositionen ist allein unter sachlichen und fachlichen Fähigkeiten zu treffen.

Wir unterstützen die Forderung des Personalrates der Stadt Lüdenscheid nach Einrichtung einer internen Planungsgruppe, die die Aufgabe hat, die Reform einer leistungsgerechten Bürgerverwaltung auf den Weg zu bringen. Einer teuren, Standard Rezept vertretenden, horrend teuren externen Beratung Bedarf es unserer Meinung nicht.

20 Kommunalfinanzen und Steuern

Um den **finanzpolitischen Spielraum** des Landes und der Kommunen u. a. für ein umfangreiches **Investitionsprogramm** zu vergrößern, setzt **DIE LINKE** auf die **Stärkung der Einnahmenseite**.

Der Abbau kommunaler Leistungen, die Reduzierung kommunaler Ausgaben, die Stellenvernichtung haben sich als perspektivlos erwiesen. Konfrontiert mit einer noch nie da gewesenen internationalen Finanzkrise, die durch eine konjunkturellen Krise ins unermessliche verschärft wird, ist die in den letzten Jahren nicht nur in Lüdenscheid betriebenen neoliberalen Wirtschaftspolitik am Ende. Der vorgelegte Haushalt ist nur noch Makulatur. Wenn die bisherige Politik fortgesetzt wird, wird die Krise zu Lasten der Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner verschärft.

Wir fordern von den im Rat vertretenden Parteien umgehend eine **anti-zyklische Politik**.

Der vorliegende Entwurf des **Haushaltsplanes ist von daher Maku-**

latur. Wir fordern den Bürgermeister der Stadt auf, ein unfassendes alternatives Konzept über die notwendigen Aufgaben und Maßnahmen vorzulegen.

DIE LINKE. Lüdenscheid macht dazu insbesondere folgende Vorschläge:

- unverzüglicher Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten,
- kostenloses Mittagsverpflegung aller Kinder, die es wollen,
- Senkung der Elternbeiträge anstatt Zusatzsubventionierung von freien Trägern,
- tarifgerechte Bezahlung der Tagesmütter,
- Ganztagsbetreuung in allen Schulen,
- Gründung einer zweiten Gesamtschule mit dem Ziel einer Schule für alle (auch behinderter Kinder),
- Ausbau von kostenlosen Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose bei der Volkshochschule,
- Sozialpass für kinderreiche Familien, Arbeitslose und Hartz IV Empfänger für die Nutzung der MVG, kostenloser Eintritt von Veranstaltungen im Kulturhaus, Frei- u. Hallenbad und Sauna Nattenberg, kostenlose Nutzung der VHS,
- Einrichtung einer Beratungsstelle für Arbeitslose und Hartz IV Empfänger,
- anstelle von 1Euro Jobs - Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungsprogramms.

Zusätzliche Arbeitsplätze führen zu **höheren Steuereinnahmen** und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben.

Hoheitliche Aufgaben des **Bundes und des Landes** wurden/werden auf die Kommunen übertragen, ohne dafür einen Finanzausgleich zu leisten. Deswegen ist ein vertikaler Finanzausgleich notwendig. Die weitere nicht oder schlecht finanzierte Aufgabenübertragung auf den Märkischen Kreis und die Stadt ist zu stoppen, so muss z. B. der Landschaftsverband die Finanzierung für Leistungen für Menschen mit Behinderung behalten.

Für die öffentliche **Schuldenlast** gibt es zwei Hauptgründe. Zum einen erhöhen **Steuergeschenke** für Bezieher hoher Einkommen, für Vermögende und für Unternehmen die Staatsfinanzen aus. Zum anderen hat die **lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit** zu sinkenden Steuereinnahmen und sinkenden Beiträgen zu den Sozialversicherungssystemen geführt.

Die Gewerbesteuer und der kommunale Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer sind die wichtigsten Einnahmen der Gemeinde.

Der Bund und die Länder haben im Zuge der Steuerreformen 2004 ihren Anteil am Gewerbesteueraufkommen bis zu 30% für sich gesichert. Die Stadt hat mindestens 80% der Gewerbesteuer selbst zu behalten und 20 % an Bund und Land abzuführen.

Wir werden uns für die angemessene und vertretbare **Erhöhung der Gewerbesteuer** einsetzen. Veränderte Steuergesetze haben dazu geführt, dass insbesondere **größere Unternehmen** ihre Gewerbesteuern reduzieren oder ganz vermeiden können. Wir fordern eine Gewerbesteuerreform, durch die Finanzkraft der Stadt gestärkt wird. Wir brauchen eine nachhaltige **Reform der Gemeindefinanzierung**.

Da 95 % aller täglichen **Finanztransaktionen** mittlerweile spekulativ sind, müssen dem „**Kasinokapitalismus**“ auf seiner Suche nach höchsten Profitraten Grenzen gesetzt werden. Aufkommen. Zur Finanzierung der Grund- und Daseinsversorgung durch die Kommunen ist die Rücknahme der Absenkung der **Erbschafts- und der Vermögens- sowie der Spitzensteuersätze** notwendig.

Die Abhängigkeit der Kommunen von **konjunkturellen Entwicklungen** ist zu reduzieren.

In die Gewerbesteuer sollen **Mieten- und Pachteinnahmen**, aber auch **Leasingraten** und **Lizenzgebühren** Berücksichtigung finden. Die Gewerbesteuerfreiheit für **Veräußerungsgewinne** ist wieder abzuschaffen. Die Steuerpflicht ist auf **Freiberufler** (Ärzte, Anwälte, Architekten etc.) auszuweiten.

Die **Grundsteuer** ist unter Belangen der Ökologie und der Stadtentwicklung neu zu gestalten.

Wir sind grundsätzlich dagegen, dass soziale und wirtschaftliche Sicherheit in der einen Kommune durch **Sozial- und Wirtschaftsabbau** in der anderen Kommune erstritten wird. Alle Wege müssen genutzt werden, um solche Konkurrenzen abzubauen und durch kooperative Wege zu ersetzen.

Im Rahmen der **Globalisierung** drängt anonymes Kapital (oft auch „**Heuschrecken**“) in die kommunale Wirtschaft. Kommunale Besonderheiten, Umweltstandards, Qualitätsansprüche, Verbraucherschutz und andere auch soziale Sichtweisen, bleiben so auf der Strecke und werden vom internationalen Kapital diktiert. Aus den öffentlichen Haushalten sind dann die Folgekosten zu begleichen. Die Stadt hat aktiv auf die **regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung** einzuwirken.

Geplante **Investitionen** einschließlich ihrer Folgekosten sind auf ihre **dauerhafte Wirksamkeit** hin zu hinterfragen und möglichst abzuschätzen.

Die **Sparkasse Lüdenscheid** hat, im Gegensatz zu den Privatbanken, die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit **Finanzdienstleistungen** zu gewährleisten. Sie sollte **kleine und mittelständische Unternehmen** sowie regionale **Wirtschaftskreisläufe** fördern. Mit ihrem Sponsoring sind insbesondere örtliche kulturelle und soziale Projekte, Schuldnerberatungsstellen und Jugendaktivitäten zu fördern.

Wir brauchen eine **Gemeindefinanzreform**, die zukünftige Investitionen und die Tätigkeiten der Kommunen sicherstellt und den **Schuldenabbau** gewährleistet. Dazu gehört der Erhalt bzw. die Wiederherstellung des **Rechts auf wirtschaftliche Betätigung** der Kommunen. Die Änderung des § 107 Gemeindeordnung NW schränkt die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftstätigkeit jenseits des Profitprinzips weiter ein und entmacht die Stadträte.

Hartz IV ist abzuschaffen. Dadurch können weitere finanzielle Res-

sources für die Kommunen frei werden. Solange Erwerbseinkommen und Erwerbseinkommen (Arbeitslosengeld, Krankengeld, Renten, etc.) nicht ausreichen, um davon den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreiten zu können und deshalb **öffentliche Grundleistungen** das Einkommen ergänzen müssen, hat der Bund diese Kosten den Kommunen zu erstatten.

Finanzmärkte sind zu **kontrollieren** und **Spekulationsgeschäfte** einzudämmen. Das kreditfinanzierte Ausplündern von realen Unternehmen durch so genannte „Heuschrecken“ muss durch eine Begrenzung der Kredithöhe erschwert werden. Es muss eine **Mindesthaltedauer** der aufgekauften Unternehmensanteile angestrebt werden. Durch Einführung einer **Börseumsatzsteuer** wird das spekulative Handeln der Finanzindustrie eingeschränkt. Da 95% aller täglichen Finanztransaktionen mittlerweile spekulativ sind, müssen dem Kasinokapitalismus klare Grenzen gesetzt werden.

Die Kandidaten der Reserveliste für den Rat der Stadt Lüdenscheid:



1. Dietmar Skowasch-Wiers
2. Yasin Kut
3. Andrea Herscher
4. Michael Pottgießer
5. Marcel Käming
6. Sura Acun
7. Theo Klein
8. Klaus Reinstein

9. Osman Acun
10. Eveline Fischer
11. Manfred Kunkel
12. Susanne Tiedge
13. Vasilios Gaitanidis
14. Uwe Bossart
15. Athanassios Giannikis

**Sozial
gerecht
beginnt
vor Ort**

DIE LINKE.

Stadtverband Lüdenscheid